

VERANSTALTUNGSHINWEIS

European PEP Conference 2013 –

Challenges in Interdisciplinary Science

Die akademische Vernetzung von Politik, Wirtschaft und Philosophie gewinnt in Deutschland zunehmend an Bedeutung. Seit 2009 bietet die Universität Hamburg das interdisziplinäre Masterprogramm „Politics, Economics and Philosophy“ (PEP) an, dessen Seminare unter anderem von HWWI-Direktor Prof. Dr. Thomas Straubhaar geleitet werden. Vom 22. bis 24. November findet im Zuge dessen die erste European PEP Conference in Hamburg statt, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Rund 70 Studierende und 30 Professorinnen und Professoren aus ganz Europa werden in verschiedenen Workshops Fragen zur interdisziplinären Forschung und Lehre diskutieren. Durch eine öffentliche Podiumsdiskussion mit Führungskräften aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wird der gesellschaftliche Stellenwert von Interdisziplinarität beleuchtet. Außerdem werden Studierende auf potentielle Arbeitgeber aus den Bereichen Wirtschaft, Think Tanks, Stiftungswesen und Startups treffen. Welche Erwartungen hegen Unternehmen gegenüber interdisziplinär ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen? Was bieten Unternehmen den Studierenden? – Diese und andere Fragen gilt es gemeinsam zu diskutieren und zu klären. Mehr Informationen dazu finden Sie unter <http://www.hwwi.org/>.

IN DIESER AUSGABE

Fachkräftebedarf sichern –
Hochschulausbildung effizienter gestalten

Seite 1/2

Das Paar – eine
Interessenseinheit?

Seite 3

Ökonomische Verluste
durch Extremwetter

– (K)eine Naturgegebenheit

Seite 4

BILDUNGSMARKT

Fachkräftebedarf sichern – Hochschulausbildung effizienter gestalten

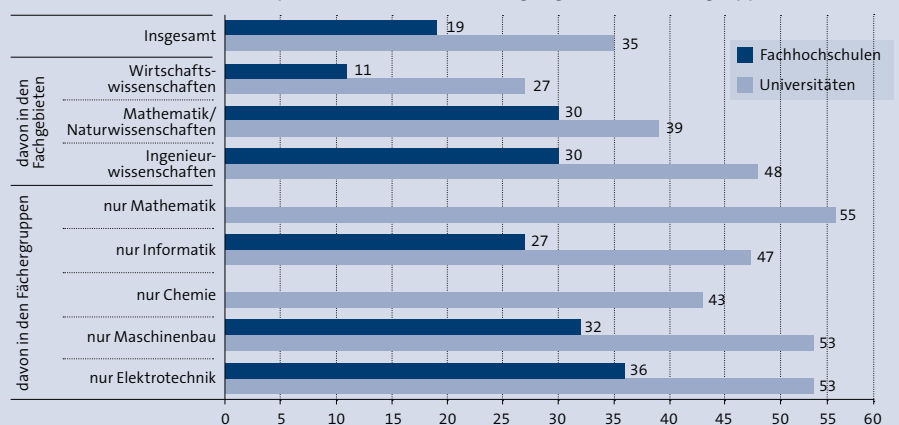
Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft. In Deutschlands schrumpfender und alternder Gesellschaft wird sich die Zahl der Erwerbspersonen verringern, während zeitgleich der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften steigt. Da hochqualifizierte Tätigkeiten zunehmend einen tertiären Bildungsabschluss voraussetzen, gewinnen Quantität und Qualität der Ausbildung von Akademiker(inne)n für die deutsche Volkswirtschaft weiter an Bedeutung. Wie kann die akademische Ausbildung in Deutschland effizienter gestaltet werden, damit trotz begrenzter öffentlicher Finanzmittel ausreichend hochqualifizierte Fachkräfte ausgebildet werden?

Von Dörte Nitt-Drießelmann

In den letzten Jahren wurde das deutsche Hochschulwesen grundlegend reformiert. Bis dato geltende Studiengänge wurden im Rahmen des Bologna-Prozesses weitgehend durch gestufte Bachelor- und Masterstudiengänge ersetzt. Zeitgleich wurde die vormalig scharfe Trennung zwischen wissenschaftsorientierten Universitäten und berufsorientierten Fachhochschulen aufgeweicht. Die Universitäten haben den Auftrag, praxisbezogener als zuvor auszubilden, während Fachhochschulen ihr Ausbildungsangebot um weiterführende Masterstudiengänge aufstocken können.

Dank steigender Bildungsbeteiligung, höherer Übergangsquoten, doppelter Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht sind die deutschen Hörsäle voll wie nie zuvor. Da jedoch die finanzielle Ausstattung der Hochschulen nicht in gleichem Maße steigt wie die Zahl der Studierenden, stehen die Hochschulen in der Lehre vor wachsenden Herausforderungen. Trotz der sich verschärfenden Rahmenbedingungen sind bei zwei mit der Bologna-Reform verknüpften Zielen Verbesserungen vorzuweisen. So wurde das Durchschnittsalter der Absolventen gesenkt und die

Studienabbruchquoten in Bachelorstudiengängen nach Fächergruppen*



* Bezug Absolventen 2010, Angaben in %

Quellen: HIS (2012); HWWI.

Fachstudiendauer der Erstabsolventen reduziert. Keine Fortschritte sind hingegen bei den Erfolgsquoten zu verbuchen. Nach wie vor beenden nur drei von vier Studienanfängern in Deutschland ihr Studium (siehe Grafik auf Seite 1). In den von der Wirtschaft so dringend gebrauchten MINT-Fächern ist die Erfolgsquote noch geringer. Mehr als 50% Studienabbrecher beispielsweise in der Mathematik oder in Teilen der Ingenieurwissenschaften an Universitäten sind jedoch nicht allein mit den allgemeinen Studienbedingungen oder möglichen Mängeln in der Lehre zu erklären. Sie sind auch ein Indiz dafür, dass viele Studienanfänger den gestellten Anforderungen nicht gewachsen sind beziehungsweise mit falschen Vorstellungen in das Studium starten. Angesichts knapper öffentlicher Kassen, der wachsenden Bildungsbeteiligung und vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es wichtiger denn je, in die akademische Bildung fließende Mittel effizient einzusetzen und mit der Ausbildungs- und Lebenszeit der jungen Menschen verantwortungsvoll umzugehen. Eine intensive Begleitung der jungen Menschen beim Übergang von der Schule zur Hochschule, mehr Informationen über die Anforderungen und eine einheitliche, gleichmäßig intensive Vorbereitung auf das Studium sind dringend notwendig, um die hohen Abbruchquoten zu senken.

Viele Studierende streben nach dem Bachelorabschluss, dem ersten berufsqualifizierenden akademischen Abschluss, ein Masterstudium an. Dabei ist es nur für jedes zwanzigste Unternehmen bei der Besetzung von Fach- und Führungspositionen entscheidend, ob der Bewerber einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss oder ein Bachelor- oder Masterzeugnis vorweist. Für 70% der Unternehmer, die Akademiker beschäftigen, ist dies nach eigenen Angaben unwichtig. Mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes, bei dem Masterabsolventen höher als Bachelorabsolventen eingruppiert werden, eröffnen sich somit für die überwiegende Zahl der Hochschulabsolventen unabhängig vom Abschluss und der gewählten Hochschulform gleiche Karriere- und Aufstiegschancen. Diese ein-

deutige Botschaft der zukünftigen Arbeitgeber scheint von vielen (angehenden) Studierenden, deren Eltern und auch weiten Teilen der Öffentlichkeit jedoch nicht gehört zu werden. Anders lässt es sich nicht erklären, dass sich der Bachelorabschluss trotz guter Berufsaussichten und einer positiven Beurteilung durch die Unternehmen noch nicht ausreichend etablieren konnte. Aus Unsicherheit und in Verkennung der Tatsachen möchten in der Folge mehr Bachelorabsolventen ein Masterstudium anschließen, als Masterabsolventen von der Wirtschaft benötigt werden. Sollte sich der Staat diesem Nachfragedruck beugen und mehr Masterstudienplätze bereitstellen?

Aufgabe des Staates ist neben der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für die Hochschulen sowie des eigenen Beamten- und Angestelltenbedarfs (zum Beispiel Lehrer) auch die grundständige Ausbildung des Fachkräftebedarfs für die Wirtschaft. Als grundständige Ausbildung für den Fachkräftebedarf der Wirtschaft ist dabei in der überwiegenden Zahl der Studienfächer der Bachelor anzusehen. Ausnahmen sind Fachgruppen wie zum Beispiel Mathematik, Chemie, Physik und auch einzelne Studiengänge in den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften, die stark wissenschaftlich ausgerichtet sind und bei denen aufgrund der Komplexität der zu vermittelnden Inhalte der Master als erster grundständiger berufsqualifizierender Abschluss zu gelten hat. Somit sollte der Staat nur für diese Fächer die Finanzierung einer ausreichenden Anzahl an Masterstudienplätzen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft übernehmen. Ansonsten sollte sich die öffentliche Hand mit ihren knappen Mitteln auf den Ausbau und die Förderung der Bachelorausbildung beschränken. In den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften sollten Fachhochschulen und Berufsakademien besonders berücksichtigt werden, da hier der hohe Bedarf der Wirtschaft an praxisorientiert ausgebildeten Absolventen bei gegebenen öffentlichen Mitteln am ehesten abgedeckt werden kann. Dem Wunsch vieler Bachelorabsolventen nach Erlangung des

Mastergrades oder der Notwendigkeit einer stärkeren beruflichen akademischen Spezialisierung in Unternehmen kann begegnet werden, indem berufsbegleitende Masterstudiengänge als eine von mehreren möglichen Qualifizierungsvarianten nach einigen Jahren Berufstätigkeit ausgebaut werden. Diese wären jedoch nicht vom Staat, sondern von den wesentlichen Profiteuren dieser Ausbildung, also den Unternehmen oder den Studierenden, zu finanzieren.

Die Hochschulen haben die neuen Möglichkeiten genutzt und im Zuge der Bologna-Reform die Zahl der angebotenen Studiengänge massiv gesteigert. Konnten Studienwillige 2008 noch aus rund 11 000 Studiengängen wählen, boten deutsche Hochschulen 2013 bereits über 16 000 Studiengänge an. Das Angebot ist so immens und unübersichtlich, dass weder die Studieninteressenten noch die Arbeitgeber einschätzen können, welcher Studiengang die eigenen Anforderungen am besten erfüllt, die besten Berufsaussichten bietet oder die Eignung für eine Stelle sicherstellt. Hier muss eine Umkehr stattfinden und die Zahl der angebotenen Studiengänge wieder reduziert werden. Insbesondere im Bereich des Bachelors sollten die grundständigen Studiengänge gestärkt und die Vergleichbarkeit durch umfassendere Standardisierungen und Generalisierungen erhöht werden. Staatliche Mittel sollten vor allem in solche Studienangebote fließen, die Absolventen zu einem Einsatz in vielen Branchen befähigen. Stark spezialisierte Angebote, die gezielt auf spezielle betriebliche Belange ausgerichtet sind oder stark praxis- oder unternehmensbezogene Spezialkompetenzen vermitteln, sollten hingegen deutlich stärker als bisher von denen finanziert werden, die davon profitieren – also den Studierenden oder den Unternehmen.

PARTNERPUBLIKATION

Nitt-Drießelmann, D.; Straubhaar, T.; Winkeljohann, N. (2013): Hochschulabsolventen gesucht, PwC & HWWI (Hrsg.), Hamburg.

Die Studie kann kostenfrei bei PwC bestellt werden: <http://www.pwc.de/de/offentliche-unternehmen/es-muss-nicht-immer-der-master-sein.jhtml>.

Das Paar – eine Interessenseinheit?

Auf Paarebene werden viele Entscheidungen getroffen, die in der Summe das Bild einer Gesellschaft prägen. Paare entscheiden etwa darüber, wofür sie das verdiente Geld ausgeben, ob und wann sie Kinder bekommen oder wie sie ihre Zeit auf Erwerbsarbeit, Haushalt und Freizeit aufteilen wollen. Gemeinhin wird davon ausgegangen, dass Paare als Interessenseinheit auftreten – die Existenz von Verhandlungsmacht wird ausgeblendet. Dabei gibt es vielfältige empirische Evidenz für partnerschaftliche Aushandlungsprozesse und zu den Faktoren, die die Verhandlungsmacht von Partnern beeinflussen. In einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung haben wir die empirische Evidenz zu partnerschaftlichen Aushandlungsprozessen in den drei Entscheidungsbereichen Einkommens- und Zeitverwendung sowie Fertilität zusammengefasst. Die zentralen Ergebnisse sind folgende:

Von Miriam Beblo und Christina Boll

Paare entscheiden.

Auf Paarebene werden viele Entscheidungen getroffen, die das Bild einer Gesellschaft prägen. Paare entscheiden unter anderem darüber, wofür sie ihr Geld ausgeben, ob sie Kinder bekommen und wie sie ihre Zeit auf Erwerbsarbeit, Haushalt und Freizeit aufteilen wollen.

Aber wie?

Obwohl die gesamtwirtschaftliche und die politische Relevanz dieser Entscheidungen unumstritten ist, liegen die Entscheidungsprozesse selbst noch weitgehend im Dunkeln.

Harmonie pur?

Vereinfachend wird oftmals angenommen, dass Paare als Interessenseinheit agieren. Dies bedeutet, dass sie entweder die gleichen Interessen verfolgen oder, sollten Interessenskonflikte bestehen, diese durch Ausgleichszahlungen untereinander ausräumen können.

Paare handeln.

Die empirische Evidenz zeigt jedoch, dass dem nicht (immer) so ist. Stattdessen ist davon auszugehen, dass in vielen Fällen die getroffene Entscheidung neben den Vorlieben und dem finanziellen Budget auch von der Macht der einzelnen Partner abhängt, ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen.

Handlungsmacht.

Die Handlungsmacht der Partner wird durch ihre Ressourcenausstattung in verschiedenen inner- und außerpartnerschaftlichen Handlungsoptionen und die Legitimation zur Nutzung dieser Optionen bestimmt. Beides wird maßgeblich durch ein soziales Geflecht von politisch gesetzten Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Normen und Rollenbildern beeinflusst.

Paare handeln um Zeit.

Männer und Frauen investieren unterschiedlich viel Zeit in bezahlte und unbezahlte Arbeit. Auch die verbleibende freie Zeit unterscheidet sich – je nach Erwerbsstatus und Kinderzahl – zum Teil erheblich zwischen den Geschlechtern. Für die Durchsetzung von individuellen Zeitwünschen kann die relative Verhandlungsmacht von Partnern eine Rolle spielen. Die empirische Evidenz belegt, dass zu den Faktoren, die die Verhandlungsmacht beeinflussen, das relative Einkommen aus Erwerbsarbeit, Transferleistungen und auch die sozialen Geschlechterrollen zählen. Auch das Scheidungs- und Unterhaltsrecht und das Geschlechterverhältnis auf dem Partnermarkt können Einfluss haben.

Paare handeln um Geld.

Die Einkommensverwendung eines Paares hängt maßgeblich davon ab, wer das Einkommen erzielt hat. Nicht nur bei Erwerbseinkommen, sondern auch bei Nichterwerbseinkommen (zum Beispiel durch staatliche Transfers) ist der konkrete Empfänger/die konkrete Empfängerin der Leistung relevant. Darüber hinaus beeinflussen auch Alters- und Bildungsunterschiede innerhalb eines Paares und das grundsätzliche Wohlstandsniveau den Zugriff der einzelnen Partner auf das Haushaltseinkommen.

Paare handeln um Kind(er).

Im Fall irreversibler Entscheidungen wie Geburtenentscheidungen spielen die langfristigen Folgen heutiger Entscheidungen eine besondere Rolle. Sind Familie und Beruf nicht vereinbar, geht mit der Geburt ein einseitiges Spezialisierungsrisiko – in der Regel der Frau – auf marktferne Arbeit einher. Sehen Frauen die hieraus resultierende höhere wirtschaftliche Abhängigkeit vom Partner und geringere Durchsetzungskraft bei Interessenskonflikten voraus, sinkt ihre Bereitschaft, das „Wagnis Kind“ einzugehen. Ob Frauen sich mit ihrem Votum für oder gegen ein (weiteres) Kind gegenüber ihrem Partner durchsetzen können, wird von ihrer relativen Einkommensposition, ihrem Bildungsstand und ihrer Attraktivität auf dem Partnermarkt beeinflusst. Auch das Scheidungsrecht und Unterstützungszahlungen an Alleinerziehende wirken auf die Verhandlungsposition von (verheirateten) Frauen.

Maßnahmen an Individuen adressieren.

Um die Wünsche und Handlungsoptionen von Frauen und Männern in Partnerschaften zu erfassen, ist es wichtig, den Partner mit in den Blick zu nehmen. Hieraus abgeleitete Maßnahmen sollten jedoch an der Einzelperson anknüpfen, um die politisch intendierten Wirkungen auch zu erreichen.

Familienstandunabhängige Politik.

Da Frauen und Männer Ehen oder Lebenspartnerschaften eingehen und wieder auflösen, oder der Tod eines Partners die Beziehung beenden kann, sollte die Ressourcenausstattung als dauerhafte, nachhaltige Basis für Lebensstandard und materielle Absicherung – sowie die Möglichkeiten, hieraus Erträge zu erzielen – familienstandunabhängig sein. Dies betrifft sowohl die marktlichen als auch die der einzelnen Person vom Staat zufließenden Ressourcen.

STUDIE



Beblo, M.; Boll, C. (2013): Das Paar – eine Interessenseinheit?, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hamburg. Die Studie steht zum kostenfreien Download zur Verfügung unter:

http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Studien/FES_Das_Paar.pdf

Ökonomische Verluste durch Extremwetter – (K)eine Naturgegebenheit

Extreme Wetterereignisse betreffen die Ökonomie in vielerlei Hinsicht. Einerseits können Unternehmen und Haushalte direkt betroffen sein, wie jüngst auf den Philippinen durch den Taifun Haiyan. Andererseits gibt es (zusätzlich) aufgrund einer (Welt-)Wirtschaft mit vielen Verflechtungen indirekt Betroffene. *Von Malte Jahn.*

Um die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Extremwetterereignissen zu erfassen, genügt es nicht, die Schäden der direkt betroffenen Unternehmen und Haushalte aufzulisten. Durch Unterbrechungen von Lieferketten, der Energieversorgung, et cetera können viele Akteure Verluste erleiden, die nicht unmittelbar von einem Ereignis betroffen waren. Ökonomen versuchen mit Hilfe von Modellen solche indirekten Verluste zu quantifizieren.

Ein wichtiger Modellbaustein ist dabei oft die Input-Output-Matrix. Sie beschreibt die Lieferbeziehungen zwischen verschiedenen Sektoren einer Wirtschaft und erlaubt eine Einschätzung darüber, wie sehr ein Sektor durch Schäden bei der ihn beliefernden Sektoren betroffen ist. Ein Ergebnis der darauf basierenden Analyse ist, dass die indirekten Verluste einen umso größeren Teil der Gesamtverluste ausmachen, je schwerwiegender ein Ereignis ist. Anders gesagt: Die indirekten Verluste steigen überproportional zu den direkten Verlusten.

Um mögliche Verwundbarkeiten von Städten, Regionen oder Volkswirtschaften gegenüber Extremwetterereignissen einzuschätzen, wird häufig eine Vulnerabilitätsanalyse durchgeführt. Die Vulnerabilität (=Verwundbarkeit) eines Systems setzt sich im Wesentlichen aus der Exposition und der Sensitivität zusammen. Die Exposition (=Ausgesetztheit) gegenüber bestimmten Extremwetterereignissen ist durch geographische und insbesondere klimatische Rahmenbedingungen gegeben. Zum Beispiel ist eine Küstenregion womöglich Sturmfluten ausgesetzt, während eine kontinentale Region eher sommerlichen Hitzewellen ausgesetzt sein könnte.

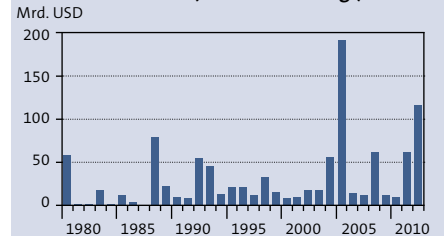
Die Sensitivität ist eine inhärente Eigenschaft des betrachteten Systems, wie zum Beispiel einer Stadt, und beschreibt wie empfindlich das System auf Extremwetterereignisse reagiert.

Über die letzten Jahrzehnte ist weltweit ein Trend steigender Verluste und, gleichwertig ausgedrückt, ein Trend steigender Vulnerabilität gegenüber Extremwetterereignissen zu beobachten. Exemplarisch ist dies für die Vereinigten Staaten dargestellt. Nun liegt der Schluss nahe, dass diese Zunahme auf eine klimawandelbedingt gestiegene Exposition zurückzuführen ist. Dies ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Oft sind die Treiber der Schäden im Bereich der Sensitivität zu suchen. Zum Beispiel führen Bevölkerungswachstum und Urbanisierung dazu, dass ein meteorologisch vergleichbarer Sturm in vielen Regionen der Welt heutzutage mehr Menschen und Vermögenswerte betrifft als vor einigen Jahrzehnten. Dazu kommen komplexere Lieferketten und Just-in-time-Produktion, wodurch selbst kurzfristige Beeinträchtigungen schon bedeutende Verluste für Unternehmen nach sich ziehen können.

Die Erkenntnis, dass Verluste durch Extremwetterereignisse eben nicht (ausschließlich) naturgegeben sind, ist aber auch eine gute Nachricht. Sie bedeutet, dass die Gesellschaft selbst vieles unternehmen kann, um Verluste zu vermeiden. In Bezug auf extreme Wetterereignisse ist ausreichende Anpassung entscheidend, insbesondere weil Extremwetter auch ohne Klimawandel regelmäßig auftritt.

Es sind gerade die weniger entwickelten Staaten, die von Verlusten durch Extrem-

Geschätzte Verluste durch Extremwetterereignisse in den USA (inflationbereinigt)



Quellen: National Climatic Data Center, 2013

wetterereignisse betroffen sind. Dort fehlt es oft an finanziellen und institutionellen Voraussetzungen für eine angemessene Anpassung. Für bestimmte Ereignisse und Regionen, wie zum Beispiel für Sturmergebnisse auf den Philippinen, lässt sich demnach ein Anpassungsdefizit feststellen. Das heißt, dass Gesellschaft und Wirtschaft dort selbst an die heutigen Klimaverhältnisse nicht ausreichend angepasst sind. Wichtige Anpassungsmaßnahmen in diesem konkreten Fall wären eine widerstandsfähigere Infrastruktur, insbesondere bei der Wasser-/Energieversorgung, bei Verkehrswegen sowie bei Gebäuden.

Angesichts der steigenden Vulnerabilität gegenüber Extremwetterereignissen und den fehlenden Kapazitäten zur Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen in einigen Weltregionen liegt die Aufgabe Europas nicht nur darin, den Klimaschutz zur forcieren, sondern auch darin, anderen Regionen dabei zu helfen, sich an zu erwartende extreme Wetterereignisse anzupassen.

RESEARCH PAPER

Jahn, M. (2013): Economics of Extreme Weather Events in Cities: Terminology and Regional Impact Models, *HWWI Policy Paper 80*, Hamburg.

Das Policy Paper steht zum kostenfreien Download zur Verfügung unter: http://www.hwwi.org/uploads/tx_wilpubdb/HWWI_Research_Paper_143.pdf